

Sonntags-Thema

Die rätoromanische Schweiz: Reservat oder Zukunftslabor?

Alan Cassidy, Patrik Müller, Othmar von Matt und Fabienne Riklin

Es war ein Akt der geistigen Landesverteidigung, als der Bund vor knapp 80 Jahren das Rätoromanische zur vierten Landessprache erhob. Die Schweiz wird für ihre Viersprachigkeit bewundert, doch in Graubünden spiegelt sich in der Vielfalt die Uneinigkeit. Angesichts von Abwanderung, der Tourismus-Krise und zunehmender Subventionierung stellt sich die Frage: Wie viel ist der Eidgenossenschaft ihr kleinster Landesteil wert?

Am Freitagnachmittag, zum Abschluss unserer Recherchewoche in Graubünden, verschlägt es uns an den Stammtisch auf der Terrasse des Hotels Vorab in Flims. Es ist der einzige Stammtisch der Gemeinde, an dem noch konsequent Romanisch gesprochen wird. Beim Espresso oder einer Stange Bier erzählen uns die Männer, es werde schon gut kommen mit dem Rätoromanischen. «Ich habe keine Angst, dass das ausstirbt», sagt der 55-jährige Fider, ein Elektroplaner aus Disentis. Seine Töchter würden besser Romanisch sprechen als er selbst oder seine Eltern: «Ihr Wortschatz ist reicher, dank der Schule.» Die anderen am Tisch nicken.

Guido arbeitet auch mit 74 Jahren noch zwei Tage in der Woche als Coiffeur in Flims und sagt: «Beim Haareschneiden wird fast nur Romanisch gesprochen.» Nur Walter (78), gelernter Herrenschnneider und langjähriger Bergbahn-Angestellter, ist pessimistisch – wie die meisten Wissenschaftler und Statistiker, die der Minderheitensprache den Untergang prophezeien (siehe Artikel im Kulturteil). Er sagt: «Meine Frau ist deutschsprachig und versteht Romanisch, spricht es aber nicht. Und so ist es auch bei unseren Kindern. Da geht etwas verloren.»

Dann reden die Männer wieder in ihrer Sprache weiter, die für Deutschsprachige so sympathisch wie fremd klingt und die Langlauf-Olympiasieger Dario Cologna auch darum grossartig findet, «weil sie im Rest der Welt nirgends verstanden wird – so kann man immer offen über andere reden und muss nicht aufpassen, was man sagt.»

Rätoromanisch als Geheimcode einer kleinen Minderheit, als Abgrenzungsmerkmal? Es passt in eine Zeit, in der die Schweiz über

Morgarten und Marignano debattiert, dass viele genau darin eine Zukunftschance sehen. «Im Zeitalter der Globalisierung entdecken die Jungen ihre Wurzeln, die sich auch in der Sprache finden», sagt Martin Cabalzar, Chefredaktor der einzigen rätoromanischen Tageszeitung «La Quotidiana».

Zurück zu den Ursprüngen also. Diese beginnen in der Zeit um Christi Geburt. Damals eroberten die Römer das Gebiet zwischen den Rätischen Alpen und der Donau – und nannten es «Provinz Rätien». Das Volkslatein der Eroberer verschmolz mit den ortsansässigen Sprachen, und daraus entwickelte sich nach und nach das Romanische. Doch was viele Unterländer nicht wissen: Das Romanische besteht aus verschiedenen Idiomen, die ihrerseits zum Teil so unterschiedlich sind, dass man sich gegenseitig kaum versteht (siehe Grafik unten).

Diese Vielsprachigkeit fasziniert. Die Schweiz wurde schon im 19. Jahrhundert dafür bewundert. Ausländische Gäste sahen im jungen Bundesstaat, den sich mehrere Volksgruppen teilten, ein Vorbild für Europa. «Wer nicht an ein werdendes Europa glaubt, sollte eine Zeit lang in der Schweiz leben, dort kann man das Experiment bereits verwirklicht sehen», schrieb der schwedische Nationaldichter August Strindberg, der sich in den 1880er-Jahren in Genf und im Aargau aufhielt. Die Schweiz hielt Strindberg für «das kleine Miniaturmodell, nach dem das zukünftige Europa aufgebaut» werden sollte.

Vergessen geht dabei, dass die heute gefeierte Mehrsprachigkeit für die Schweiz lange eher eine Belastung war. Bis nach dem Ersten Weltkrieg habe man sie «mehr als notwendiges Übel denn als Bereicherung» empfunden, schreibt der Theologe und frühere Bündner Grossrat Romedi Arquin in einer Streitschrift. Das änderte sich, als in den 1920er-Jahren die Bedrohung durch das Ausland zunahm. Im Süden zielte der vom Regime Benito Mussolini geförderte Irredentismus darauf ab, alle italienischsprachigen Gebiete dem italienischen Staat anzugliedern. Sprachforscher versuchten zu beweisen, dass Rätoromanisch keine richtige Sprache sei, sondern nur ein Dialekt des Lombardischen. Bedroht wurde die Schweiz nach der Machtergreifung der deutschen Nationalsozialisten auch im Norden.

In diesem Klima schlossen Linke, Liberale und Konservative, die sich bis dahin erbittert über Grundsätze des Bundesstaats gestritten hatten, die Reihen. Die «geistige Landesverteidigung», angeführt von Bundesrat Philipp Etter, entdeckte die Mehrsprachigkeit als Säule des helvetischen Selbstverständnisses. «Das Rätoromanische war zum willkommenen

Aufhänger geworden für die ans Ausland gerichtete Manifestation des Willens der Schweiz, ihre Unabhängigkeit zu behaupten», schreibt Arquint. 1938 kam es zu einer Volksabstimmung über die Ernennung des Romanischen zur vierten Landessprache – 92 Prozent der Schweizer stimmten zu. Es war eine Demonstration nach innen und nach aussen.

Für die Rätoromanen änderte sich jedoch zunächst nicht viel – vielmehr geriet die Sprache in ihrem eigenen Kanton unter Druck. Nach dem Krieg beschlossen viele romanische Gemeinden, Deutsch als Amts- und Schulsprache zu verwenden. Fördergelder des Bundes flossen für das Rätoromanische nur wenige. Erst in den 1980er-Jahren erhöhte der Bund deutlich die Subventionen an die 1919 gegründete Lia Rumantscha, den Dachverband der rätoromanischen Sprach- und Kulturvereine. Heute bezahlt der Bund jährlich 4,85 Millionen Franken an den Kanton Graubünden. Vier Fünftel sind für das Romanische vorgesehen, ein Fünftel für das Italienische. Die Lia Rumantscha erhält dabei rund 2,2 Millionen Franken. Umstritten sind diese Subventionen weder auf Bundesebene noch im Kanton Graubünden. Dabei stellt sich die Frage nach der Wirkung durchaus. Wie viel soll sich die Schweiz die Pflege des Rätoromanischen kosten lassen? Und was wird damit überhaupt finanziert?

Schon länger halten sich die Stimmen, die in der Mehrsprachigkeit nur einen Mythos sehen, ein «ungeheures Gerücht», wie es Friedrich Dürrenmatt einmal nannte. Auch im Alltag vieler Bündner spielt das Romanische keine Rolle. «Es ist eher ein Nebeneinander statt ein Miteinander», sagt der Bündner SP-Präsident Jon Pult, der alle drei Sprachen des Kantons spricht. «Die Lebenswelten innerhalb des Kantons unterscheiden sich stark. Die Deutschbündner haben oft wenig Verständnis für die Anliegen der Romanisch- und Italienischsprachigen.»

Dazu trägt auch der anhaltende Streit unter den Rätoromanen über Rumantsch Grischun bei. Dabei handelt es sich um eine künstlich geschaffene Hochsprache, welche die Verständigung unter den fünf verschiedenen Idiomen Sursilvan, Sutsilvan, Surmiran, Puter und Vallader einfacher machen soll. Seit 2008 ist Rumantsch Grischun als Standardsprache festgeschrieben und nach wie vor umstritten; Verfechter der Idiome fürchten eine Vereinheitlichung und Verarmung des Romanischen.

Wie viele Menschen überhaupt noch Rätoromanisch verstehen und sprechen, ist unklar. Bei der letzten Volkszählung im Jahr 2000 gaben 60 000 Personen an, regelmässig Romanisch zu sprechen. 35 000 sagten, sie würden von allen Sprachen Romanisch am besten beherrschen. Knapp 50

000 redeten in der Familie Romanisch, 20 000 im Berufsalltag. Die Zahlen variieren stark, je nachdem, wie gefragt wird. Deshalb hat der Dachverband Lia Rumantscha eine neue Zählung lanciert. Natürlich in der Hoffnung, dass die Zahlen höher liegen als bei der damaligen Volkszählung. Erst 2019 werden die neuen Daten vorliegen.

Grössere romanische Gruppen gibt es auch ausserhalb Graubündens. Mit 2400 «Exil-Romanen» ist die Stadt Zürich die siebtgrösste romanische Gemeinde des Landes. Seit dem vergangenen Schuljahr haben Kinder mit Erstsprache Romanisch dort die Möglichkeit, Romanischkationen zu besuchen.

Den Sinn der Minderheitenförderung infrage zu stellen, wagen Vertreter der dominanten Deutschbündner nur selten. Der letzte grosse Wirbel liegt fünf Jahre zurück. Das Rätoromanische sei bloss noch «Folklore», sagte Andreas Wieland, Direktor der Technologiefirma Hamilton AG und damaliger Präsident von Graubünden Ferien. Die Bündner Wirtschaft habe Mühe, qualifiziertes Personal zu rekrutieren, weil viele Romanen das Deutsch nicht genügend beherrschten. Für seine Äusserungen wurde Wieland scharf kritisiert. «Der Sprachfrieden ist fragil», sagt der frühere SP-Nationalrat Andrea Hämmerle heute, «es braucht wenig, bis die Spannungen aufbrechen.»

Dieses Umfeld begünstigt aber ganz offensichtlich das Entstehen kerniger Politiker. Hämmerle, heute noch SBB-Verwaltungsrat, war so einer. Aber auch die heutige Bündner Deputation mit den fünf National- und zwei Ständeräten hat in Bern ein hohes Standing.

Martin Candinas (CVP), ein Service-Public-Spezialist, wird immer wieder genannt, wenn es um das Präsidium seiner Partei geht. Asylpolitiker Heinz Brand (SVP) gilt als Bundesratskandidat. Silvia Semadeni (SP) war wesentlich am Nein zur Bündner Olympia-Kandidatur beteiligt. Hansjörg Hassler führte lange die Fraktion der BDP. Ständerat Stefan Engler (CVP) war Wunschkandidat vieler Christdemokraten als neuer Parteipräsident, hat aber dezidiert abgesagt. Und Ständerat Martin Schmid, ein Experte für Wasserkraft, stand auch als FDP-Präsident zur Diskussion. Zudem stellt Graubünden mit Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) die vierte Bundesrätin in der Geschichte.

Organisiert haben sich die Rätoromanen immer in den traditionellen Parteien des Kantons. Neben den in Graubünden besonders ausgeprägten Konflikten zwischen Liberalen und Konservativen sowie zwischen Reformierten und Katholiken spielte die Sprachenfrage kaum eine Rolle.

Anders als etwa die Tessiner mit der Lega und viele sprachliche oder ethnische Minderheiten in anderen europäischen Ländern bildeten die Rätoromanen nie eine eigene Partei.

Darüber, wie gut die National- und Ständeräte die Bündner Interessen – die so einheitlich ja nicht sind, siehe Olympia 2022 – in Bern vertreten, gehen die Meinungen auseinander. Erfolgreiche «Subventionsjäger» seien sie, heisst es klischeehaft. Nur: Dafür sind alle Bergkantone bekannt. SVP-Neopolitikerin Magdalena Martullo-Blocher, die im Herbst für Graubünden in den Nationalrat einziehen will, begründet ihre Kandidatur damit, dass der Kanton, wo ihre Ems-Chemie den Produktionsstandort hat, in Bern zu wenig Einfluss habe.

Und auch die Tourismusbranche ist nicht immer glücklich: Gestern gründete sich eine neue Partei, die Tourismus-Partei. Unter anderem möchte der Aroser Tourismusdirektor Pascal Jenny der wirtschaftlich wichtigsten Branche in Graubünden politisch mehr Gehör verschaffen (siehe Artikel im Wirtschaftsteil).

Die Krise im Tourismus ist seit längerem das Hauptthema in Graubünden, spätestens aber seit der Annahme der Zweitwohnungsinitiative und der Aufhebung des Euro-Mindestkurses. Man fürchtet, dass sich die Eröffnung des neuen Gotthard-Basistunnels in einem Jahr ebenfalls negativ auswirken wird. Italien und das Tessin rücken dann für die Deutschschweiz näher, während das Wallis bereits durch den Lötschbergtunnel besser angebunden wurde. Graubünden hat nichts von der 24 Milliarden Franken teuren Neuen Eisenbahn-Alpentransversale. Hier zumindest waren die Bündner keine Super-Lobbyisten: Der Bund lehnte das Projekt der Porta Alpina ab, einer unterirdischen Bahnstation mitten im neuen Gotthard-Basistunnel, die Sedrun und die Surselva an das europäische Hochgeschwindigkeitseisenbahnnetz angebunden hätte.

Wird die rätoromanische Schweiz zunehmend abgekoppelt? Politisch zumindest ist die Gefahr klein. Heute geht es weniger um «geistige Landesverteidigung» als um Image-Pflege, und da ist das Rätoromanische ein fast unbezahlbarer Wert. Bundesrätin Doris Leuthard sagt, es sei «eindeutig eine Stärke der Schweiz, wenn wir multilingual und multikulturell bleiben». Sie werde im Ausland immer wieder auf die vierte Landessprache angesprochen. Und die Infrastruktur- und Kommunikationsministerin betont: «Der Bund stellt auch Mittel zur Verfügung für die Schulen und den Erhalt der Sprache. Radio und Fernsehen tragen ebenfalls dazu bei.» Allein in die rätoromanische SRG fliessen 25 Millionen Franken Gebührengelder.

Am Stammtisch auf der «Vorab»-Terrasse in Flims hat man jedenfalls keine Angst, dass die Gelder aus Bern und Chur versiegen: «Ohne geht es nicht, das wissen alle», sagt Elektroplaner Fider. Und schiebt nach: «Die Schweiz kann es sich leisten.»